

Denk an die Tage der Vergangenheit, lerne aus den Jahren der Geschichte.

Dt 32,7

Bewältigung geschichtlicher Schuld

Der 8. Mai 1945 beschäftigt in diesem Jahr die Deutschen mehr als jedes andere geschichtliche Datum. Mehr auch und intensiver als die 50. Wiederkehr der Machtergreifung Hitlers 1933 im Januar 1983 und sehr viel nachhaltiger, als dies 1965 und 1975 zum zwanzigsten resp. dreißigsten Jahrestag des Kriegsendes geschah.

Datum mit verschiedenen Blickwinkeln

Dies feststellen heißt zugleich einschränken: nicht alle vom Dritten Reich betroffenen „Völker“ sind gleich stark und in gleicher Weise in diesem Diskurs vertreten. Man möchte und muß wohl hinzufügen: nicht alle können dürfen, wollen. Beschäftigen, polemisch und auch ganz unpolemisch tut man sich damit am allermeisten in der *Bundesrepublik*.

Für die offizielle *DDR* ist 1945 einfach das Ende des Faschismus, die Befreiung durch die Sowjetarmee und die – wenn auch selbst ideell nie ganz gelungene – Aufhebung aller vorausgegangenen Geschichte in die höhere Seinsform des Sozialismus. Bei der geschichtlichen Einordnung des Dritten Reiches, soweit dies für sie – innerhalb dieser höheren politischen Seinsform natürlich – überhaupt noch ein existentiell-politisches Problem ist, folgt die *DDR* ihren eigenen bzw. vermischten kommunistisch-deutschen und sowjetischen Faschismustheorien.

Der *inoffiziellen DDR*, dem Großteil also ihrer Bevölkerung, ist gewiß anders zumute. Auch sie denkt mehr an das Danach als an das Zuvor, an das, was aus „ihrem“ Teil Deutschlands geworden ist, aber gewiß nicht einfach unter gleichen Vorzeichen. Und natürlich gibt es auch dort ein paralleles Rasonieren und Sichbesinnen wie in der *Bundesrepublik*, in kirchlichen Kreisen vor allem. Aber beides, das Nachsinnen über das Danach und die Rückbesinnung auf das, was naturnotwendig im totalen Zusammenbruch 1945 und weniger naturnotwendig aber faktisch in der Blockbildung Ost-West und in der Teilung Deutschlands mündete, kann sich nur in sehr leisen Tönen vernehmbar machen.

Österreich wiederum, Eigenvolk mit beschränkter deutscher Haftung, mit seiner ganz anders gearteten „größeren“ Vorgeschichte hat seine eigenen Erfahrungen (auch Selbsterfahrungen) mit seinem – unfreiwilligen und freiwilligen – Anteil am Dritten Reich gemacht: zunächst als Opfer, dann als freiwillig-unfreiwilliger Mittäter und wiederum zugleich als Opfer. Aus seiner Perspektive sieht alles wieder ein bißchen anders aus, weniger „puritanisch“ gewissermaßen, mit etwas leichter Neigung zur Verdrängung und auch mit brauchbareren Gründen, diese Verdrängung rechtfertigen zu können. 1945 ist für *Österreich* vor allem der mit dem Kriegsende zusammenfallende Beginn der Zweiten Republik, die durch den Staatsvertrag 1955 zur garantiert ungeteilten und neutralen und im Gegensatz zur ersten auch zu einer stabil-demokratischen geworden ist. Das Wort der *Österreichischen Bischöfe*, veröffentlicht aus Anlaß des 8. Mai, liegt ganz auf dieser Linie (vgl. ds. Heft, S. 241).

Die *Italiener* schließlich, zur Zeit des Dritten Reiches durch *ihren* Faschismus diesem artverwandt und mit ihm verbündet, *auch* eigentlich keine Selbstbefreier, sondern von den westlichen Alliierten durch Kriegsverlauf dazu gebracht, tun sich noch leichter mit diesem Datum. Nicht weil der Krieg dort einige Tage früher endete, sondern schlicht, weil der *Mussolini-Faschismus* im Verhältnis zum Nationalsozialismus eine vergleichsweise sehr viel mildere Spielart und zudem mit seinem nationalistisch-imperialen Pathos aus der noch relativ kurzen Geschichte des „vereinigten“ Italien leichter erklärbar war als der Rassenwahn des Dritten Reiches aus der deutschen Geschichte. Und da doch halb Selbstbefreier und zum Schluß halb Sieger beruft man sich nicht minder selbstverständlich, wenn auch mit etwas weniger Recht auf die „Resistenza“ wie in Frankreich auf die *Résistance*. Im übrigen hilft nirgendwo mehr als in Italien eine neu erwachte, wenn auch noch wenig auf die Probe gestellte europäische Gesinnung über diese Vergangenheit hinweg.

Irgendwie ist die *Bundesrepublik* als freies Deutschland mit demokratischer Verfassung und als haftender Rechts-

nachfolger des Dritten Reiches mit sich und diesem „schwierigen“, „sperrigen“ und wie man's auch angeht, zwiespältigen Datum, weil, wie es Theodor Heuss einmal sagte, „an diesem Tag erlöst und gleichzeitig vernichtet“ auf seltsame, aber nicht überraschende Weise allein.

Dies kann auch kaum anders sein: denn von den „Reichsdeutschen“ aus nahm das Unheil seinen Lauf, die Leiden der anderen und die eigenen waren die Folge. Und die Bundesrepublik ist heute nicht nur *der* deutsche Staat, in dem Gewissensforschung im Blick auf diese Vergangenheit eine nie abgeschlossene Notwendigkeit ist, sondern wo sie auch frei ohne ideologisches Korsett, aber auch ohne echte Distanzierungsmöglichkeit stattfinden kann.

Auch die Bundesdeutschen sind nicht übernachdenklich

Doch wird es gut sein, sich auch hier keiner Täuschung hinzugeben. Trotz aller Diskussionen um die nationalsozialistische Vergangenheit und aller noch so redlichen Entsetzensschreie darüber, was die nationalsozialistischen Völkermörder an den Juden, an den Polen, an den Russen und am ganzen von ihnen in den Krieg gezwungenen Europa und damit auch am eigenen Volk angerichtet haben und der immer wieder erklärten Bereitschaft, diesen Schuldzusammenhang als unlösbaren Teil der eigenen Geschichte zu akzeptieren, ist der Wille, sich mit ihr vorbehaltlos auseinanderzusetzen, so entschieden nicht, wie mancher selbstquälerische Kommentar nahelegt.

Vieles spricht eher für das Gegenteil, jedenfalls, wenn es nicht um Verstrickungen und Folgen der nationalsozialistischen Vergangenheit und des Krieges im allgemeinen, sondern präziser um die Frage geht, wie *geschichtliche Schuld*, die Deutsche in dieser Zeit auf sich geladen haben oder die in ihrem Namen begangen wurde, *auf Zukunft hin bewältigt* werden soll. Diesbezüglich ist Nichtbefassung auch in der Bundesrepublik eher die Regel.

Ein *realistisches Bild* erhält am ehesten, wer eine im Februar durchgeführte Allensbach-Umfrage zur Hand nimmt. Sie ist keine Offenbarung und wie alle derartigen Umfragen von sehr begrenzter Aussagekraft. Aber es ist doch interessant, wie die Bundesbürger ab 16 (mit nur geringfügigen Unterschieden nach Alter und Parteizugehörigkeit) bei ihrer Antwort auf die Frage, woran man am 8. Mai denken sollte, an das Ende der Hitlerdiktatur oder an die Opfer des Krieges, die Akzente setzen. 44 Prozent sagen „an die Opfer des Krieges, an die Flüchtlinge und daran, daß Deutschland geteilt wurde“, nur 9 Prozent sagen „an das Ende der Hitlerdiktatur“. 41 Prozent meinen immerhin, beides sei gleich wichtig; und 6 Prozent geben an, es nicht zu wissen.

Solche *Akzentsetzungen* sind durchaus verständlich, jedenfalls bei der Generation, die den Krieg bewußt und erleidend erlebt oder gar Krieg und Vertreibung am eigenen Leib erfahren hat. Bei den mittleren (40,9,43,8) und den jüngeren Jahrgängen (39,11,40,10) zeigen sich aber nur geringfügige Abweichungen. Das mag daher rühren, daß

Kriegs- und Vertreibungserlebnisse als unmittelbare existentielle Erfahrung, schon weil in den meisten Familien Tote zu beklagen waren, emotional dichter weitergegeben werden als die für viele einzelne noch abstrakt bleibende politische Thematik Drittes Reich. Aber insgesamt zeigt sich quer durch die Generationen eine *Ermüdung* an der Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit, soweit man sich ihr politisch überhaupt je gestellt hat.

Eine Chance, geschichtliche Schuld politisch zu bewältigen

Indessen böte der 8. Mai, und zwar gerade *wegen* der inzwischen größer gewordenen Distanz, die Chance, die Frage nach der *Bewältigung geschichtlicher Schuld als politisches Problem und als politische Aufgabe* wieder nachdrücklicher zu stellen.

Aus der Geschichte lernen heißt doch wohl geschichtliche Einsichten gewinnen, die uns helfen, politisch uns gegenwärtig und künftig so zu verhalten, daß Entwicklungen, wie sie zum Terrorregime des Dritten Reiches und in die Katastrophe des Zweiten Weltkrieges geführt haben, künftig vermieden werden. Solcher „Geschichtsunterricht“ wird nicht wirksam durch Appelle, Proklamationen und Schuldbekennnisse allgemeinsten Art, sondern in den *konkreten politischen Folgerungen*, die aus der Einsicht in geschichtliche Zusammenhänge gezogen werden.

Möglich und hilfreich wäre deshalb als erster wichtiger Punkt eine *bewußte Verschiebung der Auseinandersetzung von der Katastrophenzeit des Dritten Reiches und des Zweiten Weltkrieges auf die Vorgeschichte und die Anfänge der Hitlerdiktatur*. Die Frage, wie es dazu kam, ist für die politische Bewältigung damit verbundener geschichtlicher Schuld unvergleichlich wichtiger als die Frage, wo im Dritten Reich alle diejenigen waren, die heute als brave Demokraten, als Pensionäre oder noch im politischen oder wirtschaftlichen Geschäft unter uns leben. Wo individuell nachweisbare Verbrechen noch geahndet werden können, ist das Sache der Justiz.

So betrachtet, mußte auch die ganze *Auseinandersetzung um die Schuldverstrickung der Erlebnisgeneration* des Nationalsozialismus, so notwendig sie ihrerseits als politischer Lernprozeß sein mochte, unfruchtbar bleiben, vor allem soweit sie zugespitzt war auf die Frage, warum von wem wann nicht mehr Widerstand geleistet wurde. Wenn eine Diktatur – das gilt mit Nuancen für jedes totalitäre System, aber für ein Regime wie das nationalsozialistische mit Führerprinzip, militant-paramilitärisch organisierten Parteikadern, Sicherheitsapparat und ohne die geringste Rückkoppelung von dem allem an gremiale, geschweige denn parlamentarische Instanzen besonders – sich einmal durchgesetzt und ihre innere Macht- als Zwangsstrukturen gefestigt hat, ist fast jeder Widerstand, der nicht zum Umsturz führt, lebensgefährlich. Ihn dennoch wagen können einzelne, aber dieselbe Tapferkeit vom Durchschnitsbeamten, vom Lehrer in der Schule, vom Offizier

oder Soldaten, vom Handwerker oder Fabrikarbeiter zu erwarten, hieße auf ein Volk von Helden setzen, das es in Geschichten gibt, aber nie in der Geschichte. Dadurch ist das Beispiel, das die Widerstandskämpfer auch noch in ihrem Scheitern gegeben haben, nicht entwertet. Nur ist ein Sichaufrichten an deren Todesmut noch keine Antwort auf die Frage: wie wird verhindert, daß solche oder ähnliche Regime überhaupt zum Zuge kommen.

Auf die Anfänge verwiesen

Wer die von Nationalsozialisten im Namen der Deutschen begangenen Verbrechen *politisch* bewältigen will, ist aber ganz eindeutig auf diese letzte Frage verwiesen und damit in die Vorzeit und die Anfänge der nationalsozialistischen Herrschaft.

Daß Hitler legal zur Macht kommen konnte, ist in der Rückschauerspektive eine Ungeheuerlichkeit. Die Umstände der damaligen Zeit liefern viele Erklärungsgründe: die ungeliebte Weimarer Republik als erster wirklich demokratischer Versuch der Deutschen, das unverantwortliche Verhalten der Sieger von 1918 und die die Wirtschaft knebelnden Reparationslasten; die Proletarisierung weiter Teile der Arbeiterschaft und selbst des Bürgertums durch Massenarbeitslosigkeit, Inflation und dann durch Deflation und Bankenzusammenbrüche. Man kann auch zu einem Urteil kommen wie *Friedrich Karl Fromme* in der FAZ (22. 3. 85) und sagen, es sei ein Wunder gewesen, daß die *Weimarer Republik* überhaupt so lange Bestand hatte und die nationalsozialistischen Wahlerfolge, die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler durch Hindenburg und schließlich das Ermächtigungsgesetz als unvermeidlichen Rettungsversuch des in jeder Beziehung auf den Hund gekommenen Reiches ansehen.

Man kann im Blick auf die *Konsolidierungsphase des nationalsozialistischen Regimes* ebensoviel Verständnis für diejenigen aufbringen, die glaubten, Hitler lasse sich durch Erfolge domestizieren. Und natürlich hatte auch Pius XII. mehr als recht, wenn er in einer seiner ersten Ansprachen nach Kriegsende (an das Kardinalskollegium: 2. 6. 45) den *Abschluß des Reichskonkordats* mit der Begründung rechtfertigte, angesichts der Gefährlichkeit Hitlers hätten die Zusicherungen der Weimarer Verfassung und der Länderkonkordate für die Kirche nicht genügt. Die Chance, die neue Reichsregierung durch die feierliche Form eines Vertragsabschlusses mit ihr selbst wenigstens formell zu binden, habe genutzt werden müssen. Aber natürlich wurde Hitler durch den Konkordatsabschluß, auch wenn man dessen politische Bedeutung nicht so hoch einschätzt, wie es gerne getan wird, zusätzlich aufgewertet.

Gerade weil es so viele Gründe gibt, die den Aufstieg der nationalsozialistischen Bewegung und die legale Machtübernahme durch Hitler erklären, ist immer wieder nach der *anderen Seite* zu fragen: wie gerade die *damals verantwortliche Führungsschicht* so blind sein konnte, um einer so

rassistischen, irrationalen, gewalttätigen Bewegung mit ihren Schlägertrupps, ihrem Judenhaß, ihrem Arierwahn und ihrer Verächtlichmachung von Recht und Gesetz eine Konsolidierung des Gemeinwesens zuzutrauen. Allzu vielen, auch kirchlichen Persönlichkeiten, hat noch in der Phase der Konsolidierung des Regimes ein obrigkeitliches Staats- und autoritäres Führungsverständnis den Sinn geführt. Und man war und blieb in der Gefahr zu sehr mit sich selbst beschäftigt, um einen hinreichend scharfen Blick für das Ganze zu haben. Noch Hirtenschreiben aus der unmittelbaren Nachkriegszeit, auch soweit sie Reaktion auf Ursprungsgründe und Untergang des Dritten Reiches waren, lesen sich wie eine seltsame Mischung aus praktischem Sinn und unbekümmerter kirchlicher Selbstbezogenheit.

Gerade *weil* aus der damaligen Zeit alles so erklärlich und das Verhalten nicht der Nationalsozialisten selbst, sondern vieler „Bürgerlicher“ so unerklärlich bleibt, ist die politische Auseinandersetzung mit dem Ende von Weimar zur Klärung geschichtlicher Schuldverstrickung und als Lehrmaterial im Umgang mit gewalttätigen, zu Totalitärem neigenden Bewegungen heute und künftig unentbehrlich.

Die volle und die ganze Schuld als Teil der eigenen Geschichte annehmen

Ein zweites, was politischer Bewältigung geschichtlicher Schuld im Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus dienen und für das politische Leben künftig hilfreich sein kann, ist eine bisher *nicht hinreichend gelungene Verständigung nicht über das Ausmaß an Schuld, sondern über deren Charakter und Struktur*. Wie schwierig dieses Problem ist und bleibt, zeigt der langandauernde, nie ganz erloschene Streit um den Begriff *Kollektivschuld*. Natürlich ist Kollektivschuld ein Unbegriff, wenn damit gemeint ist, jeder Deutsche oder jeder Reichsangehörige zur Zeit des Nationalsozialismus sei schon dadurch schuldig geworden und für das damals Geschehene in Haftung zu nehmen, weil er dem Volk angehörte, in dessen Namen und durch das die nationalsozialistischen Verbrechen begangen wurden. Ebenso wäre es unsinnig, jeden, der sich dem Nationalsozialismus nicht ausdrücklich widersetzt hat, über das Kollektiv Volk sozusagen auf die gleiche Stufe zu stellen mit denen, die das Regime aus Überzeugung oder Vorteilsgründen mitgetragen und damit dessen Verbrechen erleichtert oder gedeckt haben, ohne selbst für diese unmittelbar verantwortlich zu sein.

Dennoch bleibt nicht nur im zweiten Fall *persönliche Schuld*, sondern für Mitläufer und Überwinterer eine *Verzahnung von Zwang und Verstrickung*, die nicht einfach in Unschuld gewandelt werden kann. Die Nachfolgeneration hat kein Recht, dies der Erlebnisgeneration von sich aus zum Vorwurf zu machen, da ihr selbst die Probe erspart geblieben ist. Aber für die Erlebnisgeneration selbst bleibt diese Schuldverstrickung. Und sie muß, will man politisch Lehren daraus ziehen, bei Einhaltung der rech-

ten Proportionen ebenso ernst genommen werden wie die feststellbare persönliche, wenn häufig auch nicht justiziable Schuld. Es gibt also – wie bei politischen Fehlentwicklungen in einem ganzen Volk immer – einen Schuldzusammenhang, in den auf unterschiedliche Weise und bei nicht vergleichbarer Verantwortlichkeit ein *Volk als Ganzes* verstrickt ist. Nur wenn dies akzeptiert wird, kann geschichtliche Schuld wirklich politisch verarbeitet werden. Der Vorschlag des ersten Bundespräsidenten, von *Kollektivscham* statt von Kollektivschuld zu sprechen, verharmlost den objektiven Schuldzusammenhang. Und auch das Bild vom Fehltritt oder Fehlverhalten eines Familienmitgliedes, für das sich alle anderen Familienmitglieder schämen und die Geschädigten um Verzeihung zu bitten hätten, das in einem Predigtentwurf des Frekenhorster Kreises aus Anlaß des 8. Mai gebraucht wird, verniedlicht diesen, weil er Distanzierung von Schuld auch dort erleichtert, wo das moralisch nicht geht.

Politische Bewältigung geschichtlicher Schuld setzt freilich noch ein weiteres voraus: das Nichtverschweigen *aller* Schuldverstrickungen: auch jene der Sieger von 1945. Auschwitz und die ganze völkermordende Strategie der Endlösung sind Großverbrechen, die in ihrer satanischen Perfektion nie für möglich gehalten worden wären. Jeder Vergleich mit anderen Vorgängen wäre Zynismus. Aber Verbrechen, die durch keine Kriegführung zu rechtfertigen waren, wurden auch von den Siegermächten in Ost und West begangen: die Vernichtung deutscher Städte, die damit in Kauf genommenen Massentötungen unter der Zivilbevölkerung zu Zeiten, als der Krieg längst entschieden war, die Massenvertreibungen, all dies war durch keine militärische oder politische Strategie zu rechtfertigen.

Eine unverkrampfte Offenlegung auch dieser Elemente von Schuldverstrickung ist durch den Ost-West-Konflikt und durch die ideologische und machtmäßige Vereinnahmung der osteuropäischen Völker durch das Sowjetimperium, aber auch im Westen durch mancherlei psychologische Gründe bis heute gehemmt. Als Schuld auch diesbezüglich gelten zu lassen, was Schuld ist, und Verbrechen zu nennen, was Verbrechen war, jenseits von Siegern und Besiegten, ist für eine endgültige Befriedung Europas in der Zukunft unerlässlich. Die Völker Europas werden sich mit der ganzen Schuld aus der Zeit des Dritten Reiches und des Zweiten Weltkrieges von neuem beschäftigen, wenn sie freier sein werden. Um dann nicht in neue Formen des Revanchismus oder in politisch emotionalisierte Schuldzuweisungen zu verfallen, bedarf es schon jetzt der geschichtlichen Aufarbeitung *aller* Schuld tatbestände.

Die Folgen tragen und mit Vernunft Politik machen

Zur politischen Bewältigung der durch das Dritte Reich begangenen Verbrechen und der Schuldverstrickung des ganzen deutschen Volkes gehört auch die *Akzeptierung*

und Verarbeitung der für die Deutschen selbst daraus entstandenen politischen Folgen: Um es ungeschützt zu sagen, der 8. Mai 1945 war nicht nur die Zerstörung des deutschen Nationalstaates, er erzwingt auch den endgültigen Abschied der Deutschen von der Nationalstaatsidee und trotz der Wiedervereinigungsmahnung der Präambel des Grundgesetzes den vermutlich *endgültigen* Verlust der staatlichen Einheit. Nicht nur die Grenzen zwischen Deutschen und Polen, zwischen Deutschen und Russen sind – unter Friedensbedingungen – als endgültig zu betrachten. Auch für die deutsche Wiedervereinigung wird sich selbst im Falle einer noch in weiter Ferne liegenden politischen Liberalisierung des europäischen Ostens und einer echten Ost-West-Entspannung kein europäischer Konsens finden. Innerhalb einer wirklich gesamteuropäischen Friedensordnung dürfte die politische Einheit aller Deutschen auch angesichts der eigenen, ja gar nicht national geprägten Geschichte gar keine entscheidende Rolle mehr spielen. Deswegen und um neue nationalistische Anwandlungen bereits an der Wurzel unmöglich zu machen, gilt der *absolute Vorrang der politischen Freiheit aller Deutschen vor deren nationaler Einheit.*

Letztlich aber wird die Schuldverstrickung der Deutschen durch das Dritte Reich am realistischsten und sozusagen am politischsten bewältigt durch Erhaltung, Ausbau und Vertiefung der demokratischen Ordnung und innerhalb dieser Ordnung durch eine *möglichst rationale Politik* nach innen und außen.

Nach außen bedeutet das, Außenpolitik verantwortlich aus den heutigen politischen Gegebenheiten heraus betreiben. Sosehr die Deutschen gegenüber der *Judenschaft* in einem existentiellen und politischen Schuldverhältnis bleiben, angesichts der Verbrechen, die durch Deutsche an ihnen begangen wurden, so muß z. B. deutsche Politik auch gegenüber dem *Staat Israel* „Realpolitik“ im Sinne einer Hilfestellung für die Befriedung in Nahost sein. Das Schuldverhältnis muß *Stil und Moral* der Politik gegenüber Israel prägen, es kann nicht Kriterium der Nahostpolitik sein. Vergleichbares gilt gegenüber Polen.

Nach innen heißt das allen irrationalen Aufbrüchen in der eigenen Bevölkerung, welche ehrenwerten Motiven sie angesichts der Gefährdung der Menschheit durch Nukleare Waffen und durch Naturzerstörung auch immer entspringen, von Anfang an vorzubauen. Der Nationalsozialismus war die irrationalste, moral- und vernunftverachtendste politische Bewegung dieses Jahrhunderts. Wenn Irrationalität in der Politik zur Grundlage des Handelns oder auch nur als interessenleitende Stimmung zugelassen wird, ist aber *stets* die Gefahr des Umkippens in den reinen Macht- und Gewaltstaat gegeben. Politische Bewältigung von uns im Nationalsozialismus aufgeladener *politischer* Schuld heißt deshalb vor allem und gerade auch, solchen Massenbewegungen – und zwar durch praktische Toleranz und rationale Auseinandersetzung – von vorn herein keine Chance zu lassen bzw. zu verhindern, daß dafür anfällige Bewegungen einem solchen politischen Irrationalismus verfallen.

David Seeber